

Saale-Beitung.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

weder die Spaltenreihe oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retenken die Seite 75 Pf. Erhalten wöchentlich fünfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. [Der Abdruck anderer Original-Krettle ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei mehrwöchiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Zum nächsten Zeitungsbereich unter Nr. 6816 eingetragen. Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Preisnummern von 10/1, bis 12/1, Nr. 1. [Preisprophet: Redaktion Nr. 2592. — Expedition Nr. 176.]

Nr. 292.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 25. Juni

1903.

Die heutige Nummer

der „Saale-Beitung“ enthält im Inzeratenteil einen Postfestschein, den wir allen Lesern unserer verehrlichen Abonnenten zur Benutzung empfehlen, die bisher das Postabonnemnt noch nicht erneuert, denn mit dem 25. dieses Monats haben die Briefträger das Einfirmen der Postfestscheitel beendet.

Dankbar

werden wir unseren geehrlichen Abonnenten sein, wenn sie, falls ihre Abonnementbestellung bereits erneuert ist, den Postfestschein demnach herausnehmen und mit einem empfehlenden Begleitwort an Nachbarn und Freunde zur Benutzung weitergeben.

Sür 5 M. 25 Pfg. (ezgl. Postgebühren)

vierteljährlich abonniert man auf die „Saale-Beitung“ bei allen deutschen Postämtern unter der Bestellnummer 6816 und erhält damit eine vorzüglich redigierte 2mal täglich erscheinende große Tageszeitung. Seit Jahresfrist ist die „Saale-Beitung“ auch durch ihre ausgezeichneten Romane und sonstigen ausgewählten Unterhaltungs- und Belehrungsstoffe als

ein echtes Familienblatt

bekannt und beliebt, was durch die außerordentlich weite Verbreitung in allen Bevölkerungskreisen von ganz Mitteldeutschland bewiesen wird. An uns befreundete Adressen übersehen wir jederzeit bereitwilligst Probeummern der „Saale-Beitung“ kostenlos und portofrei.

Expedition der „Saale-Beitung“, Halle 5., Große Brauhausstraße 17.

Scharfmacherei.

Noch sind die Wahlen zum Reichstag nicht beendet und schon erheben die unvermeidlichen Scharfmacher und ihre Organe, unter denen natürlich auch das in Halle erscheinende konservativ-agrarische Blatt nicht fehlen darf, ihre Stimme, um von der Regierung Maßregeln zu fordern, die dem ferneren Anwachen der Sozialdemokratie einen Damm entgegenzusetzen sollen. „Videant consules“, so rufen sie angelehnt des außerordentlichen Stimmenszuwachses, den die äußerste Linke erhalten hat, und sie sind für eine neue Ausnahmegesetzgebung so begeistert, daß sie erklären, sie würden sich zu wollen, sollte es was es wolle und selbst dann, wenn zu diesem Zweck der eben gewählte Reichstag aufgelöst und noch einmal an die Wähler appelliert werden müßte. Die drei Millionen Stimmen, mit denen der „Vorwärts“ jetzt prunken geht, scheinen seinen Leuten die Sinne vollständig verwirrt zu haben, denn obwohl ihre Bestrebungen, die Regierung von neuem dazu zu machen gegen die Sozialdemokratie, seit Fallenslassen des Sozialistengesetzes eigentlich nicht erlaubt sind, ist seit Jahr und Tag schon kein Vorstoß in diesem Sinne zu verzeichnen gewesen, der so offen ausprücht, was man auf Seiten der rechtsstehenden Parteien als vornehmste Aufgabe der Regierung und der Gesetzgebung betrachtet, wie früher Klammern, der zwar zu beweisen sucht, daß unter Vaterland vor einer großen inneren Gefahr steht, in Wirklichkeit aber nur ein neues Zeugnis dafür ist, wie tiefe Leere es doch noch sind, die aus der Geschichte, dieser besten Lehrmeisterin aller Zeiten, nichts zu lernen vermögen.

Es gibt in der neueren politischen Geschichte kaum ein zweites Gesetz, das derart gegenständig seinem eigentlichen Zweck gerichtet hat wie das Sozialistengesetz, nach dessen zweiter Auflage die Scharfmacher jetzt wiederum verlangen. Statt, wie Fürst Bismarck und die, die ihn in seinem Vorhaben unterstützten, einst hofften, der Sozialdemokratie den Boden abzugraben, sie zu erlösen durch die Unmöglichkeit der Weiterverbreitung ihrer Lehren durch Wort und Schrift, hat das Ausnahmegesetz vom 21. Oktober 1878 direkt fördernd für jene Partei gewirkt. Das wird schlagend bewiesen dadurch, daß die Sozialdemokratie unter dem Gesetz an Stimmengewinn mehr zunahm wie irgend eine andere Partei. Am wenigsten ist zur Zeit der Annahme des Gesetzes über 438,156 Stimmen, so erhöhte sich diese Zahl bei den Wahlen, die während der Geltung des Sozialistengesetzes stattfanden, 1884 auf rund 500,000, 1887 auf 753,000 und 1890 auf 1,427,298 Stimmen, was die Regierung veranlaßte, sowohl auf die geplante dauernde Einführung wie auch auf die einfache Verlängerung des Gesetzes zu verzichten, zumal sie im Reichstage keine Mehrheit für ihre Absichten gewinnen konnte. Daß das Ausnahmegesetz einen solchen Effekt, wie ihn die Zahlen darstellen, haben mußte, war vorauszusetzen, denn nichts vermag erdritterder auf die Massen zu wirken, als ihre Ausgestaltung aus dem Rahmen des Rechts, das für alle gleich sein soll. Die Erbitterung aber ist es, die die Anhänger der Sozialdemokratie zu jener Begeisterung für ihre Sache führte, von der die bürgerlichen Parteien heute noch lernen können, zu einer Begeisterung, die während der Dauer des Gesetzes feinerlei Gefahren scheute, insgesamte zu agitieren und um so erfolgreich darzutun, als mit einer politischen Ausnahmehandlung immer der Schein eines Martyriums verknüpft zu sein pflegt, das Sympathien erregt, die sonst wohl kaum aufzutreten wären. Das sieht man heute auch in den leitenden Kreisen ein, und deshalb die geringe Neigung, den Wünschen der Scharfmacher Rechnung zu tragen.

Ein konkretes Beispiel für die gegenteilige Wirkung von Ausnahmegesetzen bietet auch das Zentrum, welches das, was es heute ist, erst wieder dank der Verordnungen, denen es während des Regimes des ersten Kanzlers ausgesetzt war. Die Maigeetze in Preußen, die Zeitungsengesetzgebung und manches andere haben die Anhänger der katholischen Kirche just ebenso in die Arme des Zentrums getrieben, wie das Sozialistengesetz tausende von Arbeitern in die der Sozialdemokratie, das stellte vor einigen Tagen erst wieder ein Zentrumorgan angesichts des Ausfalls der Wahl triumphierend fest. Mit den Maigeetzen wurde den treibenden Kräften im Zentrum, die zumeist ja identisch sind mit der Geistlichkeit, eine außerordentlich wirksame Agitationswaffe in die Hand gegeben, der es in erster Linie zuzuschreiben ist, daß die Zentrumspartei inzwischen zur ausschlaggebenden Partei im Reichstage wurde und dieselbe Regierung, die diese Partei unter Bismarck auf härteste bekämpfte und sie zu Zeiten mit der Sozialdemokratie in einen Topf warf, mit ihr patieren muß, wenn sie irgend etwas zustande bringen will. Als drittes Beispiel lassen sich auch die Polen anführen, denen gegenüber man seit einiger Zeit schon rauft und rauft, den alten Fehler zu begehen, den man der Sozialdemokratie und dem Zentrum gegenüber beging. Wir haben früher schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Art von Polenpolitik, welche die Regierung treibt, feinerlei verbende Kraft zu äußern vermag, daß man kulturell, wirtschaftlich wirken muß, will man die Gegenseite mildern und der großpolnischen Idee den Boden allmählich entziehen. Nicht die Unterdrückung der polnischen Sprache, nicht Gebelmbundprozesse und Gymnasialstiftungen, Museen- und Theaterbauten, nicht Ausnahmemaßregeln, wie sie jetzt anlässlich der Kravalle in Baurahsteden vorgeschlagen werden, entwanfennen den Feind, sondern soziale Reformen, eine weise Verwaltung und eine Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, die der Eigenart der ehemals polnischen Landestelle Rechnung trägt und erkennen läßt, daß dem Staate daran gelegen ist, die teilweise benutzungsunwerte Lage der polnischen Bevölkerung zu beheben, sie menschenwürdiger zu gestalten, das sind die Mittel, die allein Erfolg versprechen und ein allmähliches Erweichen der großpolnischen Idee herbeiführen können.

Und das ist zu einem Teil auch der einzige Weg, auf dem der weiteren Ausbreitung der Sozialdemokratie Abbruch getan werden kann. Mit der Sozialpolitik, die im Deutschen Reiches getrieben wird, allein ist es nicht getan. Die Kreise, die, wie die eingangs erwähnten, das glauben, beweisen damit nur, wie wenig Verständnis sie der gegenwärtigen Situation entgegenbringen. Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen mag zwar trotz sozialer Gesetzgebung noch mangelhaft zu wünschen übrig lassen, ist aber nicht derart, daß sie die Massen in die Reihen der Sozialdemokratie treiben müßte. Treiber dienste besorgt vielmehr die Regierung selbst durch ihre Politik, die in erster Linie immer nur die Interessen der einflussreichen Kreise berücksichtigt, die diesen Mittel- und Arbeiterstandes zu Worte kommen zu lassen und immer wieder in den alten Fehler der dritten Schichten der Bevölkerung für die Bedürfnisse des Staates in Anspruch zu nehmen, statt jeden nach seinem Vermögen und Können herauszugeben zu dem, was der Staat bedarf. Schuld an dem Anwachen der sozialdemokratischen Stimmen trägt auch die Verwaltungspraxis, die seit Jahr und Tag bei uns gub und gäbe ist. Ein jedes Buch ließe sich schreiben darüber, wie durch den Affektorismus und Bureaokratismus, durch den Gang zum Legalen, Entieren und Schablonisieren der Kreise der Bevölkerung unwillig gemacht und in dauernde Verstimmung versetzt werden, und wenn man gar einmal in das Verhältnis hineinleuchtet wollte, das in vielen Verwaltungen zwischen den oberen und den unteren Beamten besteht, wenn man die vielerlei Momente ihrer Anfeindung wollte, die ganz notwendigerweise Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen auch in diesen Kreisen zeitigen müssen, dann würden vielleicht auch unsere Scharfmacher erkennen, daß doch noch manches faul im Staate darnämet ist, und daß es im letzten Grunde genommen wohl verständlich erscheint, wenn sich die gewaltige Schar der Mililäufer der Sozialdemokratie wieder um Hunderttausende vermehrt hat. Diese Mililäufer aber durch Ausnahmegesetze zurückzuführen, wäre das Bestehele, was man tun könnte, denn dann wären sie für die bürgerlichen Parteien verloren, und die Sozialdemokratie hätte wieder einmal allen Anlaß, ihr gegungsam bekantes „Schweineglück“ zu preisen.

Die Regierung und Verwaltung muß besser werden, wenn es besser werden soll mit dem Volk. Das ist die allein zutreffende Forderung, die man aus dem Wahlergebnis ziehen kann. Diejenigen aber, die verdingen sich am Volke und am Vaterlande, die dieser allerdings bitteren Wahrheit gegenüber konsequent die Augen verschließen und das einzige Heil darin sehen, die Regierung zu Ausnahmemaßnahmen aufzufordern, als ob der Volkswille nicht schon Unheil genug bei uns anrichtet. Offenlich bleibt die Regierung diesem Anfinnen gegenüber fest und bemüht sich nicht diesen Irrerheiten, ihrer Aufgabe in einer Form gerecht zu werden, die mehr als bisher unserer Zeit entspricht und den schaffenden und erwerbenden Ständen diejenige Stellung in der Gesetzgebung und Verwaltung zukernnt, auf die sie ihrer Bedeutung für unser Staatsleben nach vollen Anspruch haben. Dann wird die sozialdemokratische Hochflut ganz von selbst zurückgehen. Sch.

Deutsches Reich.

Dolz u. Verfassungswandeln.

— Bruns Joachim und Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, sowie die Prinzen Wolfgang und Wilhelm von Hessen und von Weiskam zur kaiserlichen Hofkapelle nach Sardinien gefahren. — Daß der Reichstag die Freierrnang verleiht, wird durch folgende Nachricht der Verlegenheit entzogen. Wie der „Germania“ aus Rom gemeldet wird, ist der um die katholische Sache in Sardinien bedeutende Großindustrielle Lehner in Sardinien vom Reichstag zum erblichen Freierrn ernannt. Es ist kaum anzunehmen, daß die deutsche Souveräne, die in allerdinge die allgemeinen Rechte eines Souveränen dem Reichstag ausstellen, ihm auch dieses besondere Recht der weltlichen Königserhöhung einräumen sollten. Somit wird wohl Herr Lehner auf Anerkennung seines Freierrnstitels in Deutschland verzichten und sich begnügen müssen, seinem sardinisch-bürgerlichen Namen Lehner die Bezeichnung folgen zu lassen „sardinischer Freierr“.

Geistliche Wahlrecht?
Auch bei den Stichwahlen wird wieder die Partei der Parteifolken manchen Sozialdemokraten ohne ihren Willen in den Sattel heben. Und auch da wieder wird im bürgerlichen Lager der alte Ruf laut werden: „Für die Säumigen die geistliche Wahlrecht!“ Man schäme sich nicht; auch die Sozialdemokratie hat noch Nebenben von Wahlstimmungen. Das werden auch diese Stichwahlen wieder beweisen. Aber das ist trotz alledem unbefriedigend, daß die politische Gleichgültigkeit in den bürgerlichen Kreisen heute am weitesten verbreitet ist, deren Wähler uns das Wahlrecht einräumt haben. Steiner von denen hat wohl das Volk für so politisch unreif gehalten, daß es noch nach einem Menschengaler Tausende und überausende in seiner Mitte zählt, die noch nicht einmal die Grundrechnung bei diesem Wahlrecht begreifen haben; denn wenn nicht jeder Berechtigter ausführt, niemals der beste Zweck der freiwähligen Institution erreicht werden kann, daß das Volk sich selbst regiert, vielmehr nach wie vor nur ein Teil des Volkes die Gewalt über den anderen ausübt.

Das Reichstagswahlrecht ist auf die politische Mündigkeit des deutschen Volkes angelehnt. Beugt es aber von politischer Mündigkeit, wenn heute angelehnt dieser politischen Gleichgültigkeit großer Massen wieder nach dem Staate gemahnt wird? Der Staat soll diese Bürger, die nicht wissen, was sie an ihrem höchsten Bürgerrechte haben, zwangsweise zur Urne schleppen! Wir neigen ja in Deutschland dazu, jede allgemeine stitliche Pflicht auch in ein Gesetz zu zwingen. Eine raffinertere Detaillierung staatlichen Zwanges bis hinein in das Gewerbesteuer und Privatleben hat kein anderer Staat entwickelt als das Deutsche. Warum also nicht erst recht dieser die drei wichtigsten Pflichten der Allgemeinheit auch geistlichen Schug verleiht? Zumal dadurch mit einem Schlage das uneliebliche Wahlrechtswahlrecht wird, daß gerade der Einfluss der mit den Grundloagen unseres Staatswesens zur Eideben Bürger gar nicht zu der Geltung kommt, die es verdient? Das man nur den Zweck im Auge, durch die Wahl ein vollkommen zufriedenes Bild der öffentlichen Stimmung zu erhalten, so würde ein Zwang, der jeden Staatsbürger zur Urne führt, diesen Zweck allerdings ohne weiteres erreichen. Tragt man nun aber weiter, durch welche Mittel dem dieser Zweck erreicht werden soll, so ergibt sich alsbald die nötige Unausführbarkeit des Gedankens.

Zunächst, welche Zwangsmittel sollen angewendet werden? Man antwortet: Geldstrafe. Wird sie aber für alle Bevölkerungsklassen gleich festgesetzt, so treibt sie gerade die Ärmere, doch meist sozialdemokratische Masse am ehesten zur Urne und hält die Reicheren zurück. Wird die Höhe aber nach dem Steuerloos bemessen, so kann dem leicht der Gedanke untergekommen werden, daß das Wort eines Reichden mehr wert ist als eines Armen, da sein Ausfall in höher gestellt wird. Das widerspricht der Gleichheit des Wahlrechts und hat kaum Aussicht auf die Zustimmung der Parteien. Die Wahlstimmungen aber mit empfindlichem Verlust an staatsbürgerlichen Rechte zu bestrafen, geht deswegen nicht, weil noch niemand einen praktischen Vorschlag gemacht hat, welche Rechte dem dem Säumigen genommen werden sollen, so daß er empfindlich dadurch getroffen wird.

Und dann: es können Fälle vorkommen, in denen selbst die Wahlenteilung das Produkt sorgfältiger politischer Überlegung ist, weil beide der aufgestellten Kandidaten der politischen Meinung des Wählers in gleichem Maße widersprechen. Wollte man solche Leute zwingen, zur Wahl zu gehen, so könnte es die bisher Zufriedenen vielleicht gerade zu einer staatsfeindlichen Stimmabgabe bewegen.

Der entscheidende Punkt aber ist die Schwierigkeit der Entscheidung über die berechtigten oder unberechtigten Entschuldigungsgründe. Wer ist krank, so daß ihm der Weg zum Wahlloos unmöglich ist? Wo sind die Kräfte, die das in jedem Falle amtlich feststellen können. Ist jede Weile, auch eine Vorderseite, ein Entschuldigungsgrund — und wo ist die Behörde, die alle dies feststellen und die stehenden von Wahlstimmungen in einem Wahlbezirk nachprüfen kann, ohne eine Hund von Beschwerden zu gewärtigen? Schwerer: Krankheitsangehörigkeit, die man nicht allein lassen kann, Gebrechtheit des Alters, notwendige Geschäftsreise — sollen das bedecndate oder unberechtigten Entschuldigungsgründe sein? Den Kreis gerechtfertigter Entschuldigungen zu eng wie der Zungenröhrl vor Gericht zu stellen, würde auslösen Millionen dieses Recht verhehlen. Man braucht nur den Politiken hinter einem staatsbürgerlichen Rechte bezuziehen, um es auslösen zu lassen zur Zeit zu machen.

All diese Schwierigkeiten sind vorläufig so groß, daß an ihre Ueberwindung nicht gedacht werden kann. Es bleibt zur Hebung der Wahlerteilung gerade der bürgerlichen Kreise nur übrig,

Räumungs-Ausverkauf.

Um mit den von der Frühjahrs- und Sommer-Saison noch vorhandenen Beständen zu räumen, verkaufen wir
Wollene und seidene Kleiderstoffe, Waschkleiderstoffe, fertige Kleider, Reise-Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Morgenröcke, Jacketts, Weitercapes, Kragen, Staubpaletots, Spitzen-Umhänge, Mädchen-Kleider, Knaben-Anzüge etc.

Reste von Kleiderstoffen, Gardinen, Möbelstoffen, Portieren, Leinen- u. Baumwollwaren, **Teppiche,** welche während des Umbaues durch Staub gelitten haben, **Wäsche,** Tag- und Nacht-Hemden, Jacken, Beinkleider u. dergl.
zu besonders billigen Preisen.

Jeder am Lager befindliche Gegenstand ist mit jetziger billigster Preisangabe deutlich versehen, hierdurch wird der Einkauf sehr erleichtert und ist jeder, auch der Nichtkenner, vor Vertheuerung geschützt.

Gelegenheitskauf:
 Ein grosser Posten
 weisse Piqué-Blusen- und Jacken-Kleider.

Gelegenheitskauf:
 Ein grosser Posten
 Lüster- u. Moiré-Unterröcke.

Wir bitten unsere Fenster zu beachten.

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstrasse 22 u. 23, Haltestelle der Strassenbahn.

Unsere nach neuestem System erbaute

Stahlkammer

(geöffnet von morgens 8 bis abends 6 Uhr ununterbrochen)
 empfehlen wir zur Aufbewahrung von Wertgegenständen;
 auch speziell für die Reisezeit.

Bankhaus Friedmann & Weinstock,
 Leipzigerstrasse 12.

Aug. Weddy,

Leipzigerstrasse 22.
Schreibmaschinen:
 Blickensderfer 5 Mk. 175.
 do. 7 „ 225.
 Franklin „ 250.
 Ideal „ 350.
 Post, anerkannt beste
 von 10jähr. Dauer „ 450.

Erprobte Maschine 7 A
 Schreibmaschinen 450 Mk.
 Einmachemaschinen in Blech u. Glas,
 Hochbarische etc.
 Gustav Kensch, Köhler 910.
 Sonn 1. Ort, Köhler 4.



St. Jakobs-Balsam.
 Preis Mk. 1.20
 (gesetzlich geschützt.)
 Vorzügliches Heilmittel für
 Wunden aller Art, offene
 Stellen, Krampfadern,
 Wundsein d. Kinder, Haut-
 Entzündungen u. Hämor-
 rhoiden. Bestandtheile: Car-
 bolsäure, 24 gr. Jassa
 und Cacaoöl 80,0.
 Zu haben in der St. Jakobs-
 Apotheke v. C. Trautmann,
 Basel (Schweiz) oder in d.
 Hirsch-Apotheko.

4% Pfandbriefe

der Deutschen Hypothekbank in Meiningen,
 im Herzogtum Meiningen mündelsicher.
 Serie VIII vor 1911 nicht verlosbar, letzter Kurs 103,90%, empfohlen wir als
 gute Kapitalanlage und geben dieselben spesenfrei ab.
Beauftragte Verkaufsstelle für Halle und Umgegend
Spar- und Vorschuss-Bank
 Pfahl. Fass.



Hauptniederlage in Halle S. b. H. C. Weddy-Pönicke.

Hauptniederlage in Halle S. b. H. C. Weddy-Pönicke.

Dachsteine

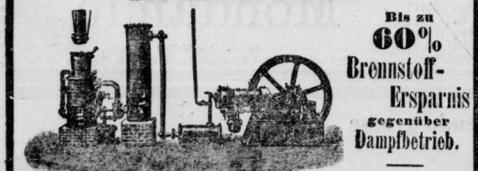
fertigt in anerkannter Qualität
Bruno Haedrich, Eilenburg.

Ein großer Transport
prima bayrischer Zugochsen
 steht preiswert bei uns zum Verkauf.
Gebr. Friedmann, Marienstraße 24.



Gasmotoren-Fabrik Deutz

Zweigniederlassung Leipzig,
 empfiehlt als billigste Betriebskraft:
Original-Otto-Motoren
 in Verbindung mit
Saug-Generatorgas-Anlagen
 in Grössen von 6-6000 P. S.



Bis zu **60%**
Brennstoff-
Ersparnis
 gegenüber
Dampfbetrieb.
 Brennstoffkosten nur 2/3 - 2 Pfennige pro P. S. u. Stunde.
 Hunderte von Anlagen bereits in Betrieb!
Benzin- Spiritus- Benzol-
Motoren, Lokomobilen, Lokomotiven
 Sämtliche Motoren mit geringstem Verbrauch.
 Ausarbeitung vollständiger Projekte kostenlos!

Das Missionsfest in Dölkau

— In diesem Jahre ein Fest für innere Mission — wird am 3. Sonntag nach
 Michaelis (28. Juni) um 8 Uhr nachmittags stattfinden. Aussprecher:
 Götterdörfer D. Stecker aus Berlin.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Dr. G. Köhler in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiläutern.